

beziehungswweise

JUNI 2014

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- 1 STUDIE** Was belastet Familien – Zeit- und Einkommensknappheit aus Sicht österreichischer Eltern
- 5 SERIE** Wussten Sie ...
... von der Diskrepanz zwischen Heiratswunsch und Wirklichkeit?

- 6 THEMA** Selbstbestimmung im Alter und familiäre Verantwortung
- 8 SERVICE** info: Jugendspezifische Forschungsprojekte in Österreich
termin: Männerkongress 2014
buch: Leben im Ruhestand

STUDIE

Was belastet Familien?

Zeit- und Einkommensknappheit aus Sicht österreichischer Eltern

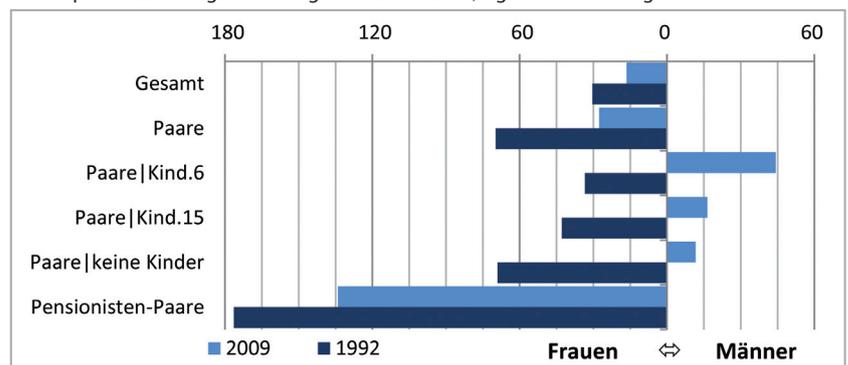
VON NORBERT NEUWIRTH

Die Belastungen von Familien können mannigfaltiger Natur sein. Nach heutigem Stand der Forschung werden aber üblicherweise drei große Bereiche an Bedürfnissen der Familien angeführt: Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Familiäre Belastungen ergeben sich aus empfundenem Mangel an Zeit und/oder Geld. Quantitativ hinreichende, sowie qualitativ adäquate und leistbare Infrastruktur, vor allem Kinderbetreuungseinrichtungen, ermöglichen, beide Dimensionen der familiären Belastung zu reduzieren.

Zeitliche Belastungen

Work-Life-Balance – also die subjektiv empfundene Ausgeglichenheit zwischen den einzelnen relevanten alltäglichen Lebensbereichen der Erwerbstätigen – wurde in den letzten zwei Jahrzehnten vermehrt beforscht. Im Wesentlichen wurde und wird erfasst, für wen in welchen Lebensphasen verstärkt Vereinbarkeitsprobleme und -konflikte bestehen. Vereinbarkeitskonflikte können unterschiedlichster Natur sein, werden gegenwärtig aber vorrangig aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit dargestellt.

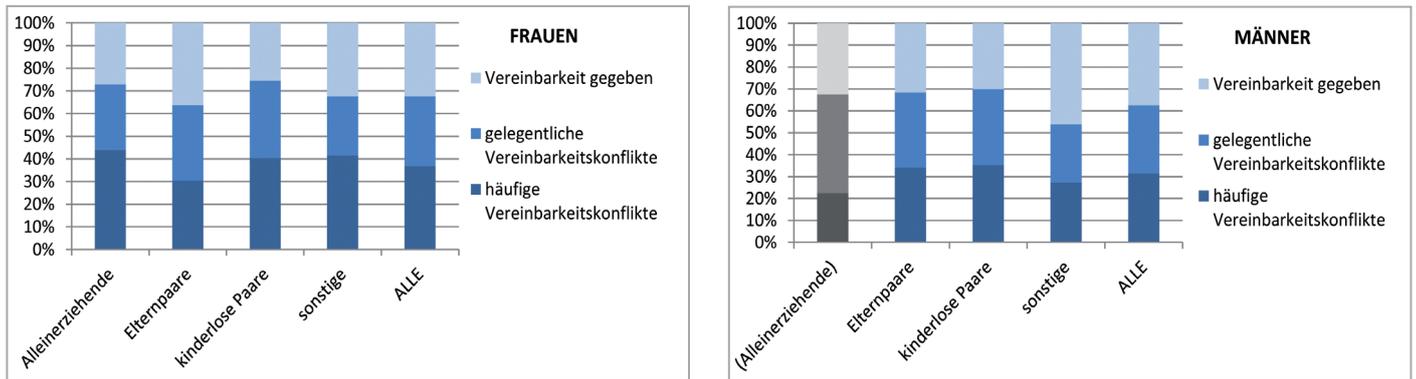
Abbildung 1: „Wer leistet mehr?“ Saldo täglicher produktiver Tätigkeiten von (Ehe-)Partnern; in Minuten pro Tag; n (1992) = 25.233; n (2009) = 8.234
Datenquellen: Zeitbudgeterhebungen 1992 und 2009; eigene Berechnungen



Legende: Gesamt: alle Befragten (Alter 10+)
Paare: alle Befragten, die mit gegengeschlechtlichem Partner in einem gemeinsamen Haushalt leben
Paare/Kind.6: Paare, die zumindest ein Kind bis 6 Jahre im gemeinsamen Haushalt haben
Paare/Kind.15: Paare, deren jüngstes Kind im gemeinsamen Haushalt zwischen 7 und 15 Jahre alt ist
Paare/keine Kinder: Paare, die kein Kind unter 16 Jahren im gemeinsamen Haushalt haben
Pensionisten-Paare: Paare, bei denen zumindest der Mann bereits pensioniert ist

Unabhängig von der Art der Vereinbarkeitskonflikte lässt sich deren Effekt darin bemessen, dass die Betroffenen für einen Teil ihrer alltäglichen Verpflichtungen unzureichend Zeit und/oder Energie aufwenden können, da andere Verpflichtungen ihren Alltag bereits prädominieren.

Abbildung 2: Vereinbarkeitskonflikte; Datenquelle: GGS-Austria 2012/13; 18- bis 49-jährige Frauen und Männer; n (Frauen) = 2.006; n (Männer) = 1.574; eigene Berechnungen; grau gezeichnete Verteilungen sind ein Hinweis auf geringe Stichprobenumfänge



Eine verhältnismäßig objektive Bemessung der Verteilung des Zeitaufwands für produktive Tätigkeiten – also bezahlte Arbeiten außer Haus sowie unbezahlte haushalts- und familienbezogene Tätigkeiten – und der damit eventuell verbundenen Vereinbarkeitskonflikte wird durch die österreichischen Zeitverwendungserhebungen zur Verfügung gestellt. Die beiden „aktuellsten“ Zeitverwendungserhebungen (1992 und 2009) zeigen, wie sehr sich die Tätigkeiten von Eltern über die Zeitspanne einer halben Generation verändert haben (Abbildung 1): Zwar ist erkennbar, dass insgesamt nach wie vor Frauen etwa 17 Minuten pro Tag mehr für produktive Tätigkeiten aufwenden, also Männer durchschnittlich 17 Minuten pro Tag mehr für gestaltbare Freizeit haben, jedoch 1992 lag dieses geschlechterspezifische Missverhältnis noch fast doppelt so hoch.

Fokussiert man ausschließlich auf Paare, so wird evident, dass diese Relation hier in erster Linie auf die stark schräglagige Aufteilung der Haushaltstätigkeiten sowie der Kinderbetreuung rückführbar ist. Insgesamt ist die Mehrleistung der männlichen (Ehe-)Partner im Bereich der bezahlten Arbeit geringer als die der Frauen im haushaltsinternen Bereich. Doch auch hier ist erkennbar, dass sich viel verändert hat: Lag die Mehrleistung der (Ehe-)Partnerinnen 1992 noch bei über einer Stunde pro Tag, so reduzierte sich diese auf unter eine halbe Stunde. Dennoch liegt die Mehrbelastung in Partnerschaften noch klar auf Seiten der Frauen. Insofern decken sich diese Ergebnisse mit dem über das letzte Jahrzehnt medial verbreiteten Grundtenor „Frauen leisten mehr!“.

Bei genauerer Betrachtung ist jedoch erkennbar, dass sich die Mehrbelastung der Mütter, wie sie noch 1992 vorherrschte, nicht nur reduziert,

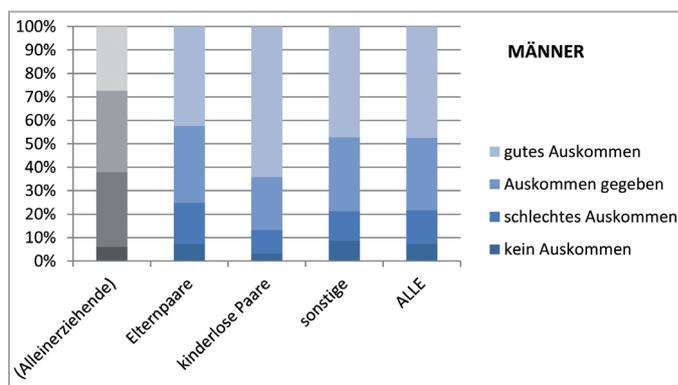
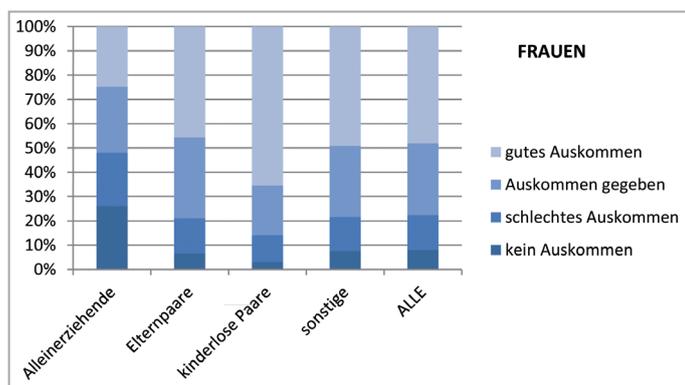
sondern zugunsten der Mütter gedreht hat. Leisteten Mütter mit zumindest einem Kind unter sechs Jahren noch über eine halbe Stunde pro Tag mehr an bezahlter plus unbezahlter Arbeit, so arbeiten nun deren (Ehe-)Partner knapp eine dreiviertel Stunde pro Tag länger. Auch bei älteren Kindern (bis 15 Jahre) hat sich die Mehrbelastung gedreht, jedoch nicht so stark. Sogar in Haushalten mit nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen bzw. Paarfamilien ohne Kinder („Paare/keine Kinder“ in Abbildung 1) gibt es nun einen leichten Überhang der Gesamtarbeitspartizipation durch Männer.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, wenn Männer wie Frauen in ähnlichem Ausmaß angeben, häufig bzw. gelegentlich Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familien zu haben (Abbildung 2). Genauer betrachtet ist erkennbar, dass etwas mehr Väter in Paarfamilien Vereinbarkeitsprobleme angeben als Mütter. Höchst interessant scheint auch, dass Frauen in kinderlosen Partnerschaften eine erkennbar höhere Dichte an Vereinbarkeitskonflikten angeben als Mütter in Partnerschaften, sich sogar von der Belastung der Alleinerzieherinnen¹ nur noch geringfügig unterscheiden. Dies ist ebenfalls nachvollziehbar: Ein Großteil der Männer und Frauen in kinderlosen Paarhaushalten (Altersgrenzen: 18 bis 49) befindet sich noch in Ausbildung und/oder in den ersten Erwerbsjahren, wo es häufig zu Zeitknappheit kommt.

Die Dichte an Vereinbarkeitskonflikten liegt demnach für Mütter in Paarhaushalten, also für

¹ Alleinerziehende Väter sind in der repräsentativ gezogenen Stichprobe erwartungsgemäß nur mit wenigen Fällen vertreten, sodass die Verteilung ihres Belastungsempfindens nur bedingt interpretierbar bleibt. Auch in Folge sind grau gezeichnete Verteilungen in den Grafiken ein Hinweis auf geringe Stichprobenumfänge.

Abbildung 3: Das Auskommen mit dem Familieneinkommen; Datenquelle: GGS-Austria 2012/13; 18- bis 49-jährige Frauen und Männer; n (Frauen) = 2.806; n (Männer) = 1.921; eigene Berechnungen; grau gezeichnete Verteilungen sind ein Hinweis auf geringe Stichprobenumfänge



die Personengruppe, der gemeinhin die höchsten Vereinbarkeitsrisiken zugeschrieben wird, erkennbar niedriger als für alle anderen Frauen. Aber auch Männer in Paarhaushalten, sowohl jene mit sowie jene ohne Kinder, weisen höhere Vereinbarkeitskonflikthäufigkeiten aus.

Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Work-Life-Balance insgesamt für weite Bevölkerungsteile höchst unausgeglichen ausfällt. Da nur sehr wenige Väter alleinerziehend sind, jedoch aber jede achte Mutter, summiert sich die Belastung der Frauen doch noch auf höherem Durchschnittsniveau als die der Männer. Die Vereinbarkeitsproblematik sinkt jedoch mit dem durchschnittlichen Erwerbsumsatz, welches bei Frauen niedriger als bei Männern liegt.

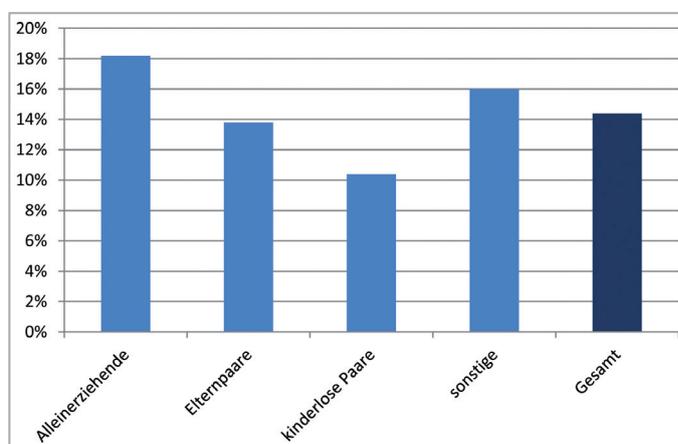
Finanzielle Belastungen

Neben der täglichen Zeitnot, die den Alltag so mancher Familien prägt, ist die strukturelle Einkommensarmut einiger Familien ein wesentliches Belastungsmoment. Im Gegensatz zu den Einschätzungen bezüglich Zeitarmut harmonisieren die reportierten Empfindungen der Befragten hinsichtlich wahrgenommener Einkommensknappheit weitgehend mit den allgemeinen Erwartungen.

Etwa die Hälfte der Alleinerzieherinnen empfindet, dass sie mit ihrem Einkommen nur schlecht auskommt. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen in Partnerschaften oder sonstigen, d.h. vor allem bei alleinlebenden Frauen (Abbildung 3).

Eine auf den ersten Blick ähnliche Verteilung erkennt man bei der Fragestellung, ob die Befragten innerhalb der letzten 12 Monate in Zahlungsverzug

Abbildung 4: Zahlungsverzug innerhalb der letzten 12 Monate (Familiensicht); Datenquelle: GGS-Austria 2012/13; 18- bis 49-jährige Frauen und Männer; n = 4.729; eigene Berechnungen



– aufgrund finanzieller Engpässe, nicht nur aufgrund eines Versehens – geraten seien (Abbildung 4).

Hier sind es zwar erneut die Ein-Eltern-Familien, also vor allem alleinerziehende Frauen, die diese Erfahrung gemacht haben; der Anteil an Alleinerziehenden im Zahlungsverzug übersteigt den bei den Elternpaaren jedoch nur noch geringfügig. ■

Kontakt: norbert.neuwirth@oif.ac.at

Quellen:

Generations and Gender Programme Austria:
www.ggp-austria.at

Zeitverwendungserhebungen:
www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/zeitverwendung/index.html

Wussten Sie ...

... von der Diskrepanz zwischen Heiratswunsch und Wirklichkeit?

VON ANDREAS BAIERL

Im Rahmen der ersten Panelerhebung des österreichischen Generations and Gender Programme (GGP) im Jahr 2009 wurden alle unverheirateten Personen gefragt, ob sie vorhätten, in den nächsten drei Jahren zu heiraten. Nach der zweiten Welle dieser Panelerhebung 2013 lässt sich die Realisierung dieses Vorhabens und die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit analysieren.

Tabelle: Anteil der Personen, die von 2009 bis 2013 geheiratet haben, nach Alter im Jahr 2009 (in %); Quelle: Generations and Gender Survey (GGS) 2013

| Einschätzung 2009 | Heirat in 3 Jahren | Heirat 2009 bis 2013 | | | | | |
|-------------------|----------------------|----------------------|-------|-------|-------|-------|--------|
| | | Alter im Jahr 2009 | | | | | |
| | | 18-24 | 25-29 | 30-34 | 35-39 | 40-45 | Gesamt |
| | sicher nicht | 2% | 2% | 5% | 6% | 1% | 3% |
| | wahrscheinlich nicht | 5% | 7% | 12% | 7% | 7% | 7% |
| | wahrscheinlich ja | 26% | 25% | 28% | 25% | 8% | 24% |
| | sicher ja | 37% | 47% | 37% | 31% | 35% | 39% |
| | Gesamt | 7% | 13% | 16% | 13% | 5% | 10% |

Auf die Frage, ob sie in den nächsten drei Jahren vorhätten, zu heiraten, antworteten im Jahr 2009 43% der Unverheirateten mit „sicher nicht“, 32% mit „wahrscheinlich nicht“, 18% mit „wahrscheinlich ja“ und 7% mit „sicher ja“ (Abbildung unten).

Der Anteil der Personen, die von 2009 bis 2013 tatsächlich heirateten oder unverheiratet blieben, unterscheidet sich deutlich und abhängig von der Einschätzung im Jahr 2009. Die Realisierung des Vorhabens beträgt selbst bei Personen, die sich sicher waren, in den nächsten drei Jahren zu heiraten, nur 39% (Tabelle oben).

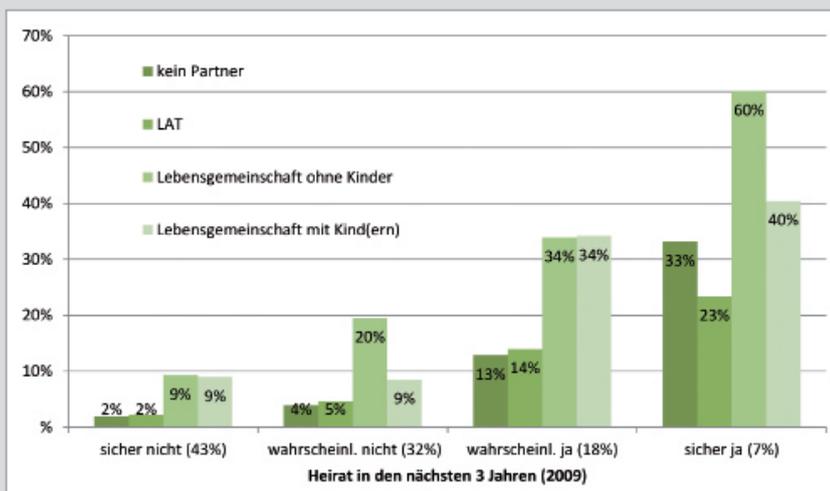
Das Alter ist für den Heiratswunsch höchst relevant

Während 11% der unverheirateten 30- bis 34-jährigen sicher vorhatten, zu heiraten, waren es unter den 25- bis 29-jährigen und 35- bis 39-jährigen 9% bzw. 8%. In der jüngsten und ältesten Gruppe

planten nur jeweils 5%, in den nächsten drei Jahren zu heiraten. Die Verwirklichung dieses Vorhabens erweist sich hingegen als relativ unabhängig vom Alter (Tabelle oben). Den höchsten Realisierungsgrad an wahrscheinlich oder sicher geplanten Eheschließungen weisen die 25- bis 29-jährigen auf, am weitesten klaffen Wunsch und Wirklichkeit bei den 40- bis 45-jährigen auseinander.

Wesentlich für die Umsetzung der Heiratspläne ist die Art der Partnerschaft: Nur zwei von zehn Personen in einer Living-Apart-Together-(LAT) Partnerschaft mit festen Heiratsabsichten („sicher ja“) heirateten danach. Lebte man mit dem Partner zusammen, so wurden die Ehepläne wesentlich öfter umgesetzt. Sechs von zehn Personen in Lebensgemeinschaften ohne Kinder und vier von zehn in Lebensgemeinschaften mit Kindern, die eine Heirat in den nächsten 3 Jahren „sicher“ einplanten, setzten ihr Vorhaben um (Abbildung links).

Abbildung: Anteil der Personen, die von 2009 bis 2013 geheiratet haben, nach Partnerschaftsstatus 2009 (in %); Generations and Gender Survey (GGS) 2013



Die Geburt eines Kindes macht Heirat wahrscheinlicher

Zusätzlich zum Partnerschaftsstatus und zum Heiratswunsch spielt die Geburt eines Kindes zwischen 2009 und 2013 eine entscheidende Rolle für die Eheschließung. Die Wahrscheinlichkeit für die Realisierung eines „sicheren“ Heiratswunsches verdoppelt sich damit. Insgesamt heirateten zwischen 2009 und 2013 ein Drittel der Personen, die seit 2009 ein Kind bekamen, im Vergleich zu 6% der Personen, die kein Kind bekamen. ■

Kontakt: andreas.baierl@oif.ac.at

Selbstbestimmung im Alter und familiäre Verantwortung

Die Balance zwischen Autonomie und Fürsorgepflichten

VON MARTINA BEHAM UND ULRIKE ZARTLER

Die Lebenserwartung steigt in Österreich ebenso wie in vielen anderen Industrienationen seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Von 1970 bis 2012 nahm die Lebenserwartung bei der Geburt für Männer um 11,8 und für Frauen um 9,9 Jahre zu und lag somit 2012 bei 78,3 bzw. bei 83,3 Lebensjahren (Statistik Austria 2013). Dank medizinischer Fortschritte und einer geänderten Lebensweise werden immer mehr Menschen älter, chronisch-degenerative Erkrankungen verschieben sich ins hohe Alter (Kolland/Amann 2013), und der prozentuelle Anteil der in subjektiv gutem Gesundheitszustand verbrachten Lebenszeit an der gesamten Lebenserwartung steigt (Statistik Austria 2013). Ungeachtet dieser Entwicklungen nehmen in der Gruppe der Hochaltrigen aber chronische Erkrankungen und funktionelle Einschränkungen, die eine selbstständige Lebensführung schwierig(er) machen, zu (Kuhlmeiy/Tesch-Römer 2013).

Nicht nur für Frauen und Männer im hohen Lebensalter, sondern auch für ihr soziales Umfeld und ganz besonders für ihre Familien, die häufig Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen übernehmen, stellt sich dann die Herausforderung, den Wunsch nach einer möglichst autonomen Lebensgestaltung mit Multimorbidität oder demenziellen Erkrankungen in Einklang zu bringen.

Wie viel Selbstbestimmung kann demenziell erkrankten Familienmitgliedern zugestanden werden? Woran etwa wird die Selbstbestimmungsfähigkeit eines demenzkranken Menschen festgemacht? Wie ist mit selbstgefährdenden Willensäußerungen umzugehen? Wie kann die Betreuungs- und Pflegesituation entsprechend gestaltet werden? Diese und andere Fragen der Selbstbestimmung im Alter und der damit zusammenhängenden familiären Verantwortung hat die Österreichische Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF) im Herbst 2013 im Rahmen eines ExpertInnen-Workshop aus ökonomischer, rechtlicher, psychologischer, soziologischer und sozialarbeiterischer Sicht diskutiert.¹

¹ In einem weiteren Workshop zum Themenbereich beschäftigte sich die ÖGIF mit dem kindlichen Recht auf Selbstbestimmung in Zusammenhang mit elterlicher Verantwortung (siehe „beziehungweise“ März 2014).

Betreuung und Pflege – Balanceakt zwischen Selbstbestimmung und Fürsorgepflichten

Der Anspruch auf ein selbstbestimmt gestaltetes Leben äußert sich bei älteren Menschen darin, dass sie sich möglichst lange selbst versorgen, ihren Alltag selbstbestimmt gestalten, Entscheidungen eigenständig treffen und finanziell unabhängig sein möchten (Deutsches Zentrum für Altersfragen 2010).

Zugleich stellt im Rahmen der medizinischen Behandlung die Verwirklichung der (Patienten-) Autonomie einen der wichtigsten Grundsätze dar (Brauer 2013). Solange ein Patient bzw. eine Patientin geschäfts- und einwilligungsfähig ist, kann er/sie diese Entscheidungen in der Regel selbst treffen. Selbstbestimmung im Sinne der Einwilligung in Behandlungsmaßnahmen setzt zugleich aber körperliche und intellektuelle Fähigkeiten voraus, eigene Interessen zu erkennen, diese zu artikulieren und ihnen entsprechend zu entscheiden bzw. zu handeln.

Ist ein Patient bzw. eine Patientin hingegen nicht (mehr) geschäfts- und einwilligungsfähig, kommt nahen Familienangehörigen im Prozess der medizinischen Entscheidungsfindung auch bei der Organisation des (Pflege-)alltags eine spezifische Bedeutung zu, da der normative Anspruch nach Selbstbestimmung im Widerspruch zu den vorhandenen Selbstbestimmungsfähigkeiten steht. Spannungsfelder entstehen, wenn das Recht auf Privat- und Familienleben (Art. 8 EMRK) gegenüber Fürsorgepflichten für Personen, die alle oder einzelne ihrer Angelegenheiten nicht selbst besorgen können (§ 21 ABGB), abzuwägen ist.

Grundsätzlich gehen fehlende Fähigkeiten zur Selbstbestimmung nicht einher mit dem Verlust des Rechts auf Selbstbestimmung. Mit den Rechtsinstituten der Vorsorgevollmacht und der Vertretungsbefugnis naher Angehöriger (SWRÄG 2006 /BGBl. I Nr. 92/2006) soll daher geschäfts- und einwilligungsunfähigen Patienten und Patientinnen ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

Vorsorgevollmacht als Prävention zur Sicherung der Selbstbestimmung

Rechtlich kann vorsorglich vor Verlust der Geschäftsfähigkeit, der Einsichts- und Urteilsfähigkeit oder der Äußerungsfähigkeit eine Person des Vertrauens, etwa ein Familienangehöriger, bestimmt werden, die bei fehlender Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit als Bevollmächtigter oder Bevollmächtigte bei Rechtsgeschäften des täglichen Lebens oder der Geltendmachung von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen sowie bei Zustimmung zu einfachen medizinischen Behandlungen stellvertretend im Interesse des Hilfe- und Pflegebedürftigen entscheidet. Ziel der Einbeziehung der Familienangehörigen als Vorsorgebevollmächtigte ist die Verwirklichung des Willens der jeweiligen Betroffenen und deren individuell verstandener Autonomie (Brauer 2013).

Die gleichzeitige Möglichkeit des Widerrufs ohne Angabe von Gründen etwa hinsichtlich der Zustimmung zu potenziell folgenreichen Heilbehandlungen (z.B. größere operative Eingriffe) im SWRÄG 2006 signalisiert zugleich, dass der Gesetzgeber dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen über seinen Körper eine höhere Bedeutung zuschreibt als der Schutzpflicht anderer für dessen Leben.

Die Spannungsfelder hinsichtlich der Selbstbestimmung im Alter stellen sich keineswegs nur bei Einwilligungsunfähigkeit, sondern auch im Alltag bei der Organisation häuslicher Pflege und Betreuung. Ein steigender, je nach Krankheitsverlauf schwer einzuschätzender Unterstützungsbedarf stellt Angehörige vor vielfältige Herausforderungen, und zwar sowohl wenn sie in weiten Teilen selbst die Betreuung übernehmen, als auch, wenn sie als Care-Manager und -Managerinnen die Versorgung organisieren (Pflegerl 2012, Bischofberger et al. 2013). Pflegenden Angehörige sind während chronischer Krankheitsverläufe in Kontakt mit professionellen Leistungserbringern und brauchen pflegerelevante Informationen (von Unterstützungsangeboten bis zu Information über Pflegetechniken), um eine adäquate Pflegeinfrastruktur etablieren zu können.

Angehörigenpflege bedeutet vielfach einen Balanceakt zwischen traditionellen Familienleitbildern und neuen gesellschaftlichen Realitäten. Verantwortung an (professionelle) Helfende abzugeben, sei es zu Beginn oder im Laufe des

Pflegeprozesses, bedarf aufgrund bestehender Solidaritätsnormen und daraus abgeleiteter Verantwortlichkeitsgefühle oftmals großer Überwindung für Angehörige und erzeugt ambivalente Gefühle, so wie von Lüscher/Liegle (2003) im Konzept der Generationenambivalenz beschrieben.

Fazit

Derzeit findet die Pflege älterer Angehöriger häufig in der Familie statt und wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet (Hörl et al. 2008, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Pochobradsky et al. 2005, Perrig-Chiello/Hutchinson 2010, Perrig-Chiello/Höpflinger 2012). Gesellschaftliche Veränderungen wie die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, wachsende Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen im Beruf oder die zunehmende Instabilität von Partnerschaften reduzieren jedoch – trotz prinzipiell hoher Pflegebereitschaft von Familienangehörigen – die Ressourcen familiärer Pflege. Für eine selbstständige Lebensführung im (hohen) Alter, aber auch zur Entlastung von Angehörigen, wird in Zukunft vermehrt die Einbindung externer Hilfe und Unterstützung benötigt werden. Ausgehend von den Bedürfnissen und dem Unterstützungsbedarf braucht es dafür eine verstärkte Kooperation von Angehörigen, anderen nahestehenden Bezugspersonen, ambulanten Diensten und dem (teil)stationären Sektor sowie darüber hinaus auch den Ausbau ergänzender Angebote (z.B. Übergangspflegezentren).

Konzepte integrierter Versorgung, deren Ziel die Unterstützung einer möglichst selbstbestimmten Lebensführung ist, sowie eine Kostenreduktion durch eine bessere Vernetzung von Pflege und Medizin, sind zentrale gesellschaftliche Herausforderungen. Da die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen eine steigende Altersarmut und die Zunahme sozialer Ungleichheit im Alter erwarten lassen (Naegele et al. 2013, Österle/Bauer 2013), erscheint es zudem zentral, die Situation älterer Menschen in benachteiligten Lebenslagen in den Blick zu nehmen und Maßnahmen zu entwickeln, die eine selbstbestimmte, qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung unabhängig von der sozialen Lebenslage gewährleisten können. ■

Literatur

- Bischofberger, Iren; Radvanszky, Andrea; van Holten, Karin; Jähnke, Anke (2013): Berufstätigkeit und Angehörigenpflege vereinbaren. In: Schweizerisches Rotes Kreuz (Hg.): Who Cares? Pflege und Solidarität in der alternden Gesellschaft. Zürich: Seismo, S. 162-184.
- Brauer, Daniel (2013): Autonomie und Familie. Behandlungsentscheidungen bei geschäfts- und einwilligungsunfähigen Volljährigen. Schriftenreihe Medizinrecht. Göttingen: Springer.
- Kolland, Franz; Amann, Anton (2013): Alter und Altern. In: Flicker, Eva; Forster, Rudolf (Hg.): Forschungs- und Anwendungsfelder der Soziologie. Wien: Facultas, S. 30-45.
- Haller, Roland; Hemedinger, Fritz; Stelzer-Orthofer, Christine; Jenner, Elisabeth (2004): Vereinbarkeit von Beruf und Pflege Angehöriger. Projektbericht. Linz.
- Hörl, Josef; Kolland, Franz; Majce, Gerhard (2008): Hochaltrige in Österreich: Eine Bestandsaufnahme. Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz.
- Höpflinger, Francois; Perrig-Chiello, Pasqualina (2008): Hochaltrigkeit, Pflegebedürftigkeit und Generationenbeziehungen. In: Perrig-Chiello, Pasqualina; Höpflinger, Francois; Suter, Christian (Hg.): Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, S. 214-234.
- Österle, August; Bauer, Gudrun (2012): Home Care in Austria: The Interplay of Family Orientation, Cash-for-Care and Migrant Care. In: Health and Social Care in the Community 20 (3), S. 265-273.
- Perrig-Chiello, Pasqualina; Höpflinger, Francois (Hg.) (2012): Pflegende Angehörige älterer Menschen. Probleme, Bedürfnisse, Ressourcen und Zusammenarbeit mit der ambulanten Pflege. Bern: Verlag Hans Huber.

- Pflegerl, Johannes (2012): Fürsorgen als Handlungspraxis von Angehörigen bei der Betreuung ihrer Eltern und Schwiegereltern. Dissertation. Universität Wien.
- Pochobradsky, Elisabeth; Bergmann, Franz; Brix-Samoylenko, Harald; Erfkamp, Henning; Laub, Renate (2005): Situation pflegender Angehöriger. Endbericht. Wien: Österreichisches Institut für Gesundheitswesen.
- Statistik Austria (2013): Jahrbuch der Gesundheitsstatistik 2012. Wien: Statistik Austria.

Kontakt

martina.beham-rabanser@jku.at

ulrike.zartler@univie.ac.at

Österreichische Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung (ÖGIF), www.oegif.ac.at

die expertInnenrunde

- Dr. Martina Beham-Rabanser (JKU Linz, Institut für Soziologie)
- Dr. Sonja Blum (Österreichisches Institut für Familienforschung)
- Mag.a Marianne Hengstberger (Wiener Sozialdienste)
- Univ.-Prof. Dr. Franz Kolland (Universität Wien, Institut für Soziologie)
- Univ.-Doz. Dr. Gerald Gatterer (Geriatrizentrum Wienerwald)
- Dipl. Sozpäd. Olaf Kapella (Österreichisches Institut für Familienforschung)
- Mag.a Martina Ladentrog (Bezirksgericht Leopoldstadt)
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal (Universität Wien, Institut für Arbeits- und Sozialrecht)
- DGKS Nathalie Lottersberger (Malteser Care-Ring)
- Univ.-Prof. Dr. August Österle (WU Wien, Institut für Sozialpolitik)
- Prof. (FH) Dr. Johannes Pflegerl (FH St. Pölten)
- Mag.a Martina Pruckner (Österreichischer Bundesverband für Mediation, OÖ)
- Mag.a Ute Svinger (Blasl & Svinger Rechtsanwälte)
- Mag.a Monika Wild (Österreichisches Rotes Kreuz)
- Dr. Ulrike Zartler (Universität Wien, Institut für Soziologie)

info



Jugend spezifische Forschungsprojekte in Österreich Eine Datensammlung zum Thema Jugend

Jugend ist ein klassisches Querschnittsthema, mit dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den unterschiedlichsten Disziplinen und Bereichen beschäftigt sind. Um einen möglichst breiten Einblick in die Vielfalt der aktuell laufenden und abgeschlossenen Projekte zum Thema Jugend in Österreich zu erhalten, hat das ÖIF gemeinsam mit dem Vizerektorat für Forschung der Universität Wien im Frühjahr 2014 einen Forschungsverbund initiiert. Forschende aus allen Disziplinen, von Universitäten, Hochschulen, Instituten usw. sind eingeladen, einen „Steckbrief“ für ihre Projekte auszufüllen und auf der Website des ÖIF sichtbar zu machen.

Information: www.oif.ac.at/forschung/projekte/jugend

termin

Männerkongress 2014 Angstbeißer, Trauerkloß, Zappelphilipp – Seelische Gesundheit bei Männern und Jungen

Expertinnen und Experten treffen einander, um eine Bestandsaufnahme zur psychischen Gesundheit von Jungen und Männern zu leisten. In zahlreichen aktuellen Beiträgen untersuchen sie die Zusammenhänge zwischen rollentypischen Risiken und deren Auswirkungen.

Datum: 19. – 20. September 2014
Ort: Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Kontakt: www.maennerkongress2014.de



Leben im Ruhestand Vom Ruhestand zum aktiven Alter

Das Buch untersucht den Wandel des politisch-medialen Altersbildes, enthält Erzählungen älterer Menschen zu ihrem Leben im Ruhestand und führt die Berichte in eine Zeitdiagnose der alternden Gesellschaft über. Im Rahmen einer qualitativen Interviewstudie wurde mit sogenannten „Jungen Alten“ über ihr Leben, ihr Altern und ihren Ruhestand gesprochen.

Publikation: Denninger, Tina; Van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan; Richter, Anna (2014): Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.
ISBN: 978-3-8376-2277-5, www.transcript-verlag.de

impresum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at/impresum | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch
Fotos und Abbildungen: C. Geserick, transcript Verlag (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Grundlegende Richtung des Druckwerks nach § 25 (4) MedienG:
Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.

DVR: 0065528
Österreichische Post AG | Sponsoring. Post | Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z0318205